

# Stadt steckt in einem Dilemma: Keiner will die Asylbewerber

Nach Dibag-Vorstellungen sollen die fürs Marienheim vorgesehenen Menschen in die ehemalige Lederfabrik Langbein - Neuer Widerstand formiert sich

**Backnang** - Als bekannt wurde, dass das Landratsamt das Marienheim auf dem Dibag-Gelände erneut mit 250 Asylbewerbern belegen will, fegte ein Sturm der Entrüstung durch Backnang. Jetzt hat Dibag eine Alternative in der Gartenstraße in Aussicht, und schon regt sich dort heftiger Widerstand. Die Stadt steckt in einem gewaltigen Dilemma.

VON REINHARD FIEDLER

Wo auch Asylbewerber unterschiedlichster Herkunft und Kultur in Massen zusammengepfercht werden, es gibt - durchaus natürlich und menschlich - irgendwann Probleme. Untereinander, und mit der Nachbarschaft. Fürs Image abträglich und den Aufbau eines Telcommerce-Zentrums im ehemaligen Adolff-Areal ernsthaft in Frage stellend. So urteilte Backnang, als der vom Land unter Druck gesetzte Landrat Horst Lässig schnell zugriff, nachdem er vom Adolff-Konkursverwalter das Marienheim zur Anmietung angeboten bekommen hatte. Die Stadtverwalter waren sauer, die Stadträte schimpften und bei der das Adolff-Gelände vermarktenden und ins Telcommerce-Vorhaben voll integrierten Dibag Industriebau AG raupte man sich die Haare.

Nachdem die Politik das Problem nicht zu lösen imstande ist, gab es für Dibag nur eine Alternative: Selbst nach einer anderen Unterbringungsmöglichkeit zu suchen. Peter Baur, Dibag-Niederlassungsleiter und Vorstandsmitglied des Trägervereins Telcommerce e.V., wurde fündig. Das etwa 6 500 Quadratmeter große und zwischen Gartenstraße und Murr gelegene Gelände der ehemaligen Lederfabrik Langbein scheint ihm geeignet. Noch sind seine Verhandlungen mit Langbein nicht beendet, die Chancen, dass ein Kaufvertrag unterzeichnet wird, werden von Markus Langbein mit 50 zu 50 eingeschätzt. Trotzdem aber liegt im städtischen Baudezernat be-



Langbein-Gebäude an der Gartenstraße: In diese und in andere Immobilien auf diesem Gelände sollen nach dem Willen der Dibag die Asylbewerber einziehen. Ein Bauantrag liegt der Stadtverwaltung bereits vor, doch es macht sich Unmut breit. Foto: M. Melchert

reits ein Antrag auf Umbau und Nutzungsänderung vor. Von 282 Personen in mehreren Gebäuden ist in diesen Papieren die Rede. Peter Baur spricht zwischenzeitlich von 250 Leuten. Denn Dibag versuche auch andernorts die dem Kreis zugewiesenen Asylbewerber unterzubringen; etwa in einer Waiblinger Konkursimmobilie.

## Fritz Häuser GmbH befürchtet wirtschaftliche Nachteile

Ob dies klappt, ist fraglich. Denn schon sind aus der Rems-Murr-Metropole als Widerstand zu deutende Signale zu vernehmen. Schließlich ist es kein Geheimnis, dass auch die Solidarität unter den Kommunen sehr schnell ihre Grenzen erreicht

Und in Backnang ruft Dibags Langbein-Vorhaben die Nachbarschaft auf den Plan. Vornweg der größte Anlieger, die Fritz Häuser GmbH. Häuser-Geschäftsführer Peter Lüthcke ist es gelungen, seine Gebäude entlang der Gartenstraße gut zu vermarkten. Doch jetzt befürchtet er massive wirtschaftliche Nachteile und zählt jene seiner großen Mieter auf, die sich in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Asylbewerber-Unterkünften befinden: Lorch, Marconi, das Bauknecht-Lager Inveso und der Schnäppchenmarkt Pick's Raus.

Lüthcke erkennt durchaus, dass sich in Backnang etwas bewegt und dass auch das Telcommerce-Vorhaben positive Auswirkungen auf die Stadt haben wird. Doch der Geschäftsmann hat vor allem auch an

sein eigenes Unternehmen, an die Vermietung der vielen Objekte dieser ehemaligen Lederfabrik zu denken. Und da schwant ihm Schlimmes. Denn so wenig wie die bei Dibag untergekommenen Firmen Asylbewerber um sich rum haben wollen, so wenig werden auch Lüthckes Mieter begeistert sein. Konsequenz: Die Fritz Häuser GmbH hat einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der gegen das Vorhaben vorgehen soll.

„Wer bestimmt, wer hier den wirtschaftlichen Nachteil hat?“, fragt sich Peter Lüthcke und fügt an, dass das, was für die einen gilt, auch für die anderen gelten sollte. Einer, der sich ebenfalls betroffen fühlt und für seine Verhältnisse nicht minder wirtschaftliche Nachteile befürchtet, ist Roland Schad. Der Inhaber des benach-

barten Gasthofes Eintracht hat nach dem Brand im Juli 2000 für 850 000 Mark den gesamten Dachstock und zwei Etagen samt Gästezimmern erneuert. Schon jetzt, so sagt er, hätten ihm Gäste angedroht, nicht mehr zu ihm zu kommen. Schad, der wie Lüthcke Wert auf die Feststellung legt, dass er gute Erfahrungen mit integrierten Ausländern gemacht hat, weiß aber auch von „einschlägigen Erfahrungen“. Die machen ihm Angst. Weitere Anlieger und Bewohner des angrenzenden Taus-Siedlungsgebietes sollen jetzt per Flugblatt informiert und um Widerstand gebeten werden.

## Oberbürgermeister Schmidt versteht den Unmut nicht

Oberbürgermeister Jürgen Schmidt, von unserer Zeitung über den sich zusammenbrauenden Unmut informiert, wundert sich. Für ihn ist das dort „nicht verständlich“, zumal die neue vorgesehene Unterbringung nicht allzu weit weg sei vom Marienheim. „Wer Widerstand artikuliert, muss damit rechnen, dass sich der OB vor die Asylbewerber stellt“, sagt Schmidt.

Sollte es klappen, was Dibag vor hat, dann will das Unternehmen das Marienheim vom Konkursverwalter kaufen und herrichten. Beispielsweise für Büros, für Unterkünfte von Studenten einer möglichen Hochschuleinrichtung. Jedenfalls hat die Dibag viel vor, will allein auf dem Adolff-Areal nochmals 15 Millionen Mark investieren. Neue potenzielle Mieter gibt es genügend. Doch in all den Mietverträgen steht auf Druck der Interessenten eine Klausel drin: Wird das Marienheim bis zum Jahresende nicht frei sein, dann sind die Mietverträge nur noch das Papier wert.

Dibag-Chef Peter Baur: „Wir müssen den Gewerbetreibenden retten. Wir kommen hier nur weiter, wenn wir etwas tun.“ Sollte das Problem nicht im Sinne von Dibag gelöst werden können, dann, so deutet Baur an, wird das Engagement des Unternehmens in Backnang deutlich nachlassen.

Die Stadt steckt in einem Dilemma.